

Tagesordnung I Punkt 5.1 der öffentlichen Sitzung am 31. März 2022

Antrags-Nr. 22-F-91-0001

Antrag von Stadtverordnetenvorsteher Dr. Obermayr zu TOP I/5

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stellt einen fundamentalen Bruch des Völkerrechts dar und ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir sind erschüttert über die Brutalität der Kriegsführung der russischen Armee und das damit verbundene Leid von Millionen Menschen in der Ukraine. Wir gedenken der Opfer.

Wir danken allen, die sich in unserer Stadt gegen diesen Krieg positionieren, sei es durch Mahnwachen, Demonstrationen, Spendenaktionen oder konkrete Hilfen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und der mutigen Bürgerinnen und Bürger, die sich in Russland oder hier gegen den Krieg und die Diktatur Putins stellen.

Es gilt nun, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Not zu lindern und den Menschen, die zu uns kommen, zu helfen. Wir appellieren an ein friedliches Miteinander der Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Herkunft und Sprache.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird alles, was ihr möglich ist, unternehmen, um die vor dem Krieg geflüchteten Menschen aufzunehmen, zu versorgen und ihnen eine Teilhabe an unserem Leben zu ermöglichen. Unser Dank gilt der Verwaltung und allen Organisationen und Menschen, die koordinieren und organisieren, besonders den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Beschluss Nr. 0157

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2022

Dr. Gerhard Obermayr Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat Wiesbaden, .04.2022

Dezernat I bis Dezernat VI mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende Oberbürgermeister